

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Europäisches Bauhaus

Nachhaltigkeit und Ästhetik unter einem Dach vereinen

Seite 3

IM FOKUS

Brexit

Freihandelsabkommen unter der Lupe

Seite 5

Digitale Märkte

Internetriesen werden stärker reglementiert

Seite 7



Impfungen gegen COVID-19 finden EU-weit statt. Angehörige von Gesundheitsberufen oder ältere Menschen werden zuerst geimpft. In der Kampagne „Ich tu's“ teilen Corona-Berater aus verschiedenen EU-Ländern ihre Gründe für die Impfung mit. #GetTheVaccine
Credit © European Union, 2021

US-PRÄSIDENT BIDEN

Europa und USA vor Neubeginn als Partner

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat US-Präsident Joe Biden zur Amtseinführung gratuliert. „Europa ist bereit für einen Neubeginn mit unserem langjährigen, vertrautesten Partner“, sagte von der Leyen. Es gebe eine Reihe globaler Herausforderungen, die die EU und die USA gemeinsam angehen müssten. Der Amtswechsel dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Gefahren für die Demokratie bestehen blieben. Die Bilder der Erstürmung des Kapitols seien ein Schock gewesen. „So sieht es aus, wenn die rasante digitale Verbreitung der Hassbotschaften und Fake News zu einer Gefahr für die Demokratie werden.“ Biden hat am 20. Januar sein Amt als 46. US-Präsident angetreten.

Von der Leyen gratuliert Biden

CORONA-PANDEMIE

EU-Kommission treibt EU-weite Impfkampagne voran

Im Kampf gegen ein weiteres Ausbreiten der Corona-Pandemie muss die EU-weit angelaufene Impfkampagne mit mehr Nachdruck vorangetrieben werden. Noch vor der Videokonferenz der EU-Staats- und Regierungschefs hat die Europäische Kommission Vorschläge im Kampf gegen neue Virusvarianten und eine mögliche dritte Welle der Pandemie vorgelegt. Sie ruft die Mitgliedstaaten auf, die Impfungen in der gesamten EU zu forcieren, Tests und Sequenzierung zu intensivieren sowie Maßnahmen wie Abstandsregelungen und Reisebeschränkungen gegebenenfalls zu verschärfen.

> Bis Ende März dieses Jahres sollten mindestens 80 Prozent der Menschen über 80 Jahren sowie 80 Prozent des Personals in Gesundheits- und Sozialberufen in allen Mitgliedstaaten geimpft werden, forderte die Kommission. Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte, dass bereits genügend Impfdosen für die gesamte Bevölkerung der EU gesichert sind. „Jetzt müssen wir die Auslieferung beschleunigen und die Impfungen vorantreiben. Wir wollen bis zum Sommer 70 Prozent unserer erwachsenen Bevölkerung geimpft haben.“

Damit der Druck auf Europas Gesundheitssysteme erheblich verringert werden könne, müssten alle zusammenarbeiten, sagte die Kommissionspräsidentin. „Mit Resilienz und Einsatzbereitschaft

werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um das Ende der Pandemie zu erreichen und zum normalen Leben zurückzukehren“, so Ursula von der Leyen.

Angesichts der seit Wochen steigenden Fallzahlen und des Aufkommens neuer Virus-Varianten legte die Kommission dar, wie die Risiken gesenkt und die „COVID-Müdigkeit“ abgefangen werden könne. Die Mitgliedstaaten müssen auch weiterhin Abstandsregeln, Kontaktbeschränkungen und koordinierte Reisebeschränkungen verhängen, forderte die Kommission. Mehr Anstrengungen seien notwendig in den Bereichen Tests, Kontaktnachverfolgung und Sequenzierung, auch um den Risiken durch neue Virusvarianten entgegenzutreten. >>

“ Unsere oberste Priorität ist es, im Sinne der Gesundheit und der Existenzsicherung unserer Bürgerinnen und Bürger das Virus zu besiegen. ”

Kommissionspräsidentin
Ursula von der Leyen

>> Aufgrund der Mutationen müssten die Maßnahmen zur Abstandswahrung erforderlichenfalls verstärkt werden.

Mitgliedstaaten an Verhandlungen beteiligt

Die Mitgliedstaaten hatten sich im Sommer darauf verständigt, die Kommission mit dem Aushandeln von Lieferverträgen mit Herstellern künftiger Corona-Impfstoffe zu beauftragen. Die Kommission traf seitdem Vereinbarungen mit BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca, Curevac, Johnson & Johnson und Sanofi. Sondierungsgespräche sind abgeschlossen mit Novavax und Valneva.

Im Gegenzug für das Recht, innerhalb eines festgelegten Zeitraums eine bestimmte Anzahl von Impfstoffdosen ankaufen zu können, hat die Kommission einen Teil der Vorlaufkosten der Hersteller in Form von Abnahmegarantien finanziert. Die bereitgestellten Mittel werden als Anzahlung für die Impfstoffe betrachtet, die dann tatsächlich von den Mitgliedstaaten erworben werden. Aufgrund der hohen Entwicklungskosten hätten sonst einige Impfstoffe vermutlich nicht bereitgestellt werden können.

Dieses breit gefächerte Portfolio gewährleistet, dass Europa gut auf die Durchführung der Impfungen vorbereitet ist, sobald sich die Impfstoffe als sicher und wirksam erwiesen haben. EU-Zulassungen erhielten bislang das Vakzin des Mainzer

Unternehmens BioNTech und seines US-Partners Pfizer sowie das Mittel des US-Konzerns Moderna. Der Impfstoff des britisch-schwedischen Unternehmens AstraZeneca könnte noch im Januar folgen.

Die zuständige Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides betonte, dass ausnahmslos alle Mitgliedstaaten den Ansatz der Kommission mitgetragen haben und an den Verhandlungen auch beteiligt waren. „Im Juni und im Verlauf der Verhandlungen bis November konnte niemand wissen, welcher der Impfstoffe am vielversprechendsten war“, erklärte Kyriakides. „Es wird noch einige Zeit dauern, bis alle Europäerinnen und Europäer geimpft werden können, und bis dahin müssen wir ohne Zögern koordiniert und proaktiv gemeinsam vorgehen. Impfungen müssen in der gesamten EU schneller vorangetrieben werden, Tests und Sequenzierung müssen intensiviert werden – so können wir sicherstellen, dass wir diese Krise so bald wie möglich hinter uns lassen.“

Um das gesamte Potenzial der EU zur Steigerung der Produktionskapazitäten für Impfstoffe voll auszuschöpfen, will die Kommission mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) eng zusammenarbeiten. Darüber hinaus forderte die Kommission, die Mitgliedstaaten sollten dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wöchentlich die Zahl der verfügbaren Intensivbetten melden, damit unter Druck geratene Mitgliedstaaten bei Bedarf um Hilfe bitten können. Außerdem sollten die Mitgliedstaaten bestehende gemeinsame Verträge nutzen, um zusätzliche Intensivpflege-Ausrüstung zu beschaffen. (dj) >|

■ Impfkampagne

EU hilft bei Impfstoffbeschaffung

Um die weltweite Pandemie-Bekämpfung zu unterstützen, beteiligt sich die EU mit 500 Mio. Euro an der globalen Impfstoffinitiative COVAX. Damit soll ein gerechter Zugang zu Impfungen für Millionen von Menschen in Afrika, Asien, der Karibik und dem Pazifik sowie in der östlichen und südlichen Nachbarschaft Europas ermöglicht werden. Die Beiträge der Mitgliedstaaten eingerechnet, hat Europa mehr als 850 Mio. Euro bereitgestellt und ist damit der größte Geldgeber von COVAX. Unterstützt werden 92 Länder, die sich den Ankauf ansonsten nicht leisten könnten. „Wir werden diese Pandemie erst dann beenden können, wenn weltweit alle Menschen Zugang zu Impfstoffen haben“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Impfstoffstrategie der EU

Aktuell hat die Kommission Verträge über insgesamt rund 2,3 Milliarden Dosen Impfstoffe gegen das Coronavirus abgeschlossen.

BioNTech-Pfizer	bis zu 600 Millionen Dosen
Curevac	bis zu 405 Millionen Dosen
AstraZeneca	bis zu 400 Millionen Dosen
Johnson and Johnson	bis zu 400 Millionen Dosen
Sanofi-GSK	bis zu 300 Millionen Dosen
Moderna	bis zu 160 Mio Dosen

EUROPÄISCHES BAUHAUS

Nachhaltigkeit und Ästhetik unter einem Dach vereinen

© Cinematographer / Shutterstock.com

Mithilfe von Design Alltagsprobleme lösen und Ästhetik mit Nachhaltigkeit verbinden: Das soll das „Neue Europäische Bauhaus“ erreichen, das die EU-Kommission in Anlehnung an das historische Bauhaus des Architekten Walter Gropius ins Leben gerufen hat. „Als Brücke zwischen der Welt der Kunst und Kultur auf der einen Seite und der Welt der Wissenschaft und Technik auf der anderen Seite werden wir dafür sorgen, dass Kunstschaffende und Studierende, Architekten und Ingenieure, Hochschulen und Innovatoren einbezogen werden“, sagte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend.

Zunächst soll nun das konkrete Konzept erarbeitet werden. Dafür hat die Kommission eine Website freigeschaltet, auf der sich jeder Interessierte einbringen kann. Im Frühjahr will die Kommission laufende, besonders beispielhafte Projekte prämiieren. Ab Herbst können dann Vorschläge für Projekte an mindestens fünf Orten in den Mitgliedstaaten eingereicht werden, die 2022 starten sollen.

■ *Das Neue Europäische Bauhaus*

BELARUS

EU verschärft Sanktionen nochmals

Aufgrund der anhaltenden Brutalität der belarussischen Behörden gegen Demonstranten und Opposition hat die Europäische Union ihre Sanktionen nochmals verschärft. Mit der dritten Sanktionsrunde soll eine deutliche Botschaft an die Verantwortlichen gerichtet werden, heißt es in der Erklärung des EU-Rates. Betroffen sind hochrangige Beamte, die für die andauernde gewaltsame Unterdrückung und Einschüchterung von friedlichen Demonstranten, Oppositionellen und Journalisten verantwortlich sind. Sie richten sich auch gegen Wirtschaftsakteure, prominente Geschäftsleute und Unternehmen, die vom Regime von Alexander Lukaschenko profitieren oder es unterstützen.

Zu den restriktiven Maßnahmen gehören Reiseverbote in die EU und das Einfrieren von Vermögenswerten. Insgesamt sind nun 88 Personen und sieben Einrichtungen im Rahmen der Sanktionsregelung gegen Belarus benannt.

■ *Weitere Sanktionen gegen Belarus*

INITIATIVE „MINORITY SAFEPAK“

Der Schutz von Minderheiten ist ein zentraler Wert in der EU

Die Kommission unterstützt grundsätzlich die Ziele der Bürgerinitiative „Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“. „Die Achtung der Rechte von Personen, die einer Minderheit angehören, ist einer der zentralen Werte der Union, und die Kommission ist entschlossen, diese Agenda zu fördern“, sagte Vizepräsidentin Věra Jourová. Die Bürgerinitiative ruft dazu auf, in der europäischen Gesetzgebung den Schutz von nationalen und sprachlichen Minderheiten zu verbessern.

Die Organisatoren hatten über eine Million gültige Unterschriften gesammelt und in elf Mitgliedstaaten die erforderlichen Schwellenwerte erreicht. Die Achtung des Reichtums der kulturellen Vielfalt Europas zählt bereits zu den Zielen der Europäischen Kommission. Seit 2013, als die Initiative erstmals zur Registrierung eingereicht wurde, hat die Kommission verschiedene Initiativen vorangebracht, um die Situation von Minderheiten in der Union zu verbessern. Neue Rechtsakte sind deshalb nicht notwendig.

■ *Bürgerinitiative „Minority SafePack“*

WETTBEWERBSRECHT

Rahmen für Corona-Beihilfen ausgeweitet

Die EU-Mitgliedstaaten sollen in der Corona-Krise notleidenden Unternehmen auch weiter unter die Arme greifen können. Die EU-Kommission als oberste Wettbewerbsaufsicht hat dafür vorgeschlagen, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft bis Ende 2021 zu verlängern und auszuweiten. „Die zweite Covid-19-Welle beeinträchtigt unser Leben noch immer stark, und Unternehmen in ganz Europa benötigen weitere Unterstützung, um durch die Krise zu kommen“, sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. Deshalb sollen die Mitgliedstaaten Unternehmen unterstützen können, ohne dass es gleichzeitig zu Kartellrechtsbruch und Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Da sich die Krise hinzieht, sollen die Obergrenzen für begrenzte Beihilfebeträge angehoben werden. Die Mitgliedstaaten sollen gewährte rückzahlbare Finanzierungsinstrumente auch zu einem späteren Zeitpunkt in direkte Zuschüsse umwandeln können.

■ *Höhere Corona-Beihilfen ermöglichen*

KOMMISSION LEGT STRATEGIE VOR

Rolle des Euro als internationale Referenzwährung soll gestärkt werden



Credit © European Union, 2021

Der Euro soll eine größere Rolle auf dem globalen Parkett spielen. Dazu hat die Kommission eine Strategie für Stärke und Widerstandsfähigkeit des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU vorgelegt. Zugleich soll die EU vor unfairen und missbräuchlichen Praktiken geschützt werden. Unter anderem will die Kommission die Entwicklung von auf Euro lautenden Instrumenten und Benchmarks sowie den Status des Euro als internationale Referenzwährung im Energie- und im Rohstoffsektor vorantreiben.

Die Förderung eines nachhaltigen Finanzwesens bietet auch die Gelegenheit, die EU-Finanzmärkte zu einer globalen Drehscheibe für das grüne Finanzwesen auszubauen. Die Kommission wird auch weiterhin die Arbeit der Europäischen Zentralbank (EZB) an der möglichen Einführung eines digitalen Euro unterstützen, der das Bargeld ergänzen soll. „Die EU sollte ihr internationales Gewicht auch in wirtschaftlicher und

finanzieller Hinsicht auf eine feste Grundlage stellen“, sagte Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis (Foto).

Strategie zur Stärkung des Euro

HUMANITÄRE UNTERSTÜTZUNG

EU erhöht Hilfen für Geflüchtete in der Türkei

Angesichts der anhaltenden Notlage von Geflüchteten in der Türkei verlängert die Kommission zwei humanitäre Programme bis Anfang 2022. Mehr als 1,8 Millionen Menschen erhalten damit weiter eine monatliche Bargeldzahlung, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Außerdem können mehr als 700.000 Kinder zur Schule gehen. Die Coronavirus-Pandemie habe die Lage der Flüchtlinge noch verschärft, betonte der für Krisenmanagement zuständige Kommissar Janez Lenarčič. „Ich freue mich, dass unsere Vorzeigeprogramme Tausenden von Flüchtlingsfamilien helfen, ein Stück Normalität in ihren Alltag zu bringen.“ Die zusätzlichen Mittel zur Fortsetzung der beiden Programme – Soziales Sicherheitsnetz für Notfälle (Emergency Social Safety Net, ESSN) und Bedingter Geldtransfer für Bildung (Conditional Cash Transfers for Education, CCTE) – belaufen sich auf 485 Mio. Euro.

Im Dezember hatte die Kommission die letzten Verträge im Rahmen der 6 Mrd. Euro umfassenden Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei abgeschlossen.

Humanitäre Hilfen für Geflüchtete

EU-HAUSHALT

Einigung auf nächsten Finanzrahmen

Nach Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten konnte der EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 am 1. Januar in Kraft treten. Zuvor hatten sich Unterhändler über letzte offene Punkte geeinigt, darunter das Weltraumprogramm und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. „Mit dem Aufbauprogramm NextGenerationEU und dem neuen langfristigen Haushalt werden wir in der Lage sein, den Menschen in Europa, Unternehmen, Regionen und Städten die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie dringend benötigen, um sich von der Coronavirus-Pandemie zu erholen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

An der Finalisierung des Aufbauprogramms NextGenerationEU wird noch gearbeitet. Nach seiner Verabschiedung wird dieses Konjunkturprogramm zusammen mit dem neuen EU-Haushalt im Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro das größte Paket sein, das jemals über den EU-Haushalt finanziert wurde.

EU-Haushalt final angenommen

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn
 Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
 E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
 Dorothee Junkers, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
 Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2021



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



POST-BREXIT-ABKOMMEN

Europaparlament nimmt Freihandelsabkommen unter die Lupe

Seit Jahresanfang ist das Vereinigte Königreich für die Europäische Union offiziell wieder ein Drittstaat. Nach dem Ende der elfmonatigen Übergangsfrist trat Großbritannien nun auch aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion aus. Nach einem Verhandlungsmarathon einigten sich die Unterhändler beider Seiten am 24. Dezember auf ein Freihandels- und Kooperationsabkommen, das am 1. Januar in Kraft trat – allerdings zunächst nur provisorisch, da das Europaparlament noch zustimmen muss. Zur Abfederung der schlimmsten sozialen und wirtschaftlichen Härten hat die EU-Kommission eine milliardenschwere Anpassungsreserve für die Anpassung an den Brexit vorgeschlagen.



© M G White / Shutterstock.com

> Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte den Kompromiss: „Wir verfügen jetzt über ein gerechtes und ausgewogenes Abkommen, das unsere europäischen Interessen schützen, einen fairen Wettbewerb gewährleisten und unseren Fischereigemeinden die dringend benötigte Berechenbarkeit bieten wird. Zu guter Letzt können wir den Brexit hinter uns lassen und nach vorn schauen. Europa schreitet jetzt voran.“

Das Freihandelsabkommen erstreckt sich neben dem Handel mit Waren und Dienstleistungen auch auf die Bereiche Investitionen, Wettbewerb, staatliche Beihilfen, Steuertransparenz, Luft- und Straßenverkehr, Energie und Nachhaltigkeit, Fischerei, Datenschutz und Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Es sieht Nullzollsätze und Nullkontingente für alle Waren vor, die den entsprechenden Ursprungsregeln genügen. Umwelt- und Klimaschutzstandards, hohe Sozial- und Arbeitnehmerrechte sowie Steuertransparenz sollen beibehalten werden. Überdies wird ein neuer Rahmen für die Strafverfolgung und justizielle Zusammenarbeit in Straf- und Zivilsachen geschaffen.

Zeit für genaue Prüfung gefordert

Die provisorische Geltung des Abkommens reicht bis zum 28. Februar, allerdings hat das Europaparlament eine Verlängerung beantragt, damit die Abgeordneten in ihrer Plenarwoche im März abstimmen können. Diese muss aber vom neu eingesetzten Gemeinsamen Partnerschaftsrat genehmigt werden, was zunächst nicht sicher war. Der Brexit-Beauftragte und Vorsitzende des Aus-

wärtigen Ausschusses im Europaparlament, David McAllister (CDU), betonte, dieses Vorgehen sei der einzigartigen Situation geschuldet und dürfe sich nicht wiederholen. „Dieses Handels- und Kooperationsabkommen ist beispiellos in seinem Umfang. Es geht weit über ein traditionelles Freihandelsabkommen hinaus“, sagte McAllister. „Nach meiner ersten Einschätzung handelt es sich um ein faires und ausgewogenes Abkommen, obgleich es auch kritische Aspekte und offene Fragen gibt.“

Mit der Anpassungsreserve sollen die negativen Folgen in den am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten und Sektoren abgemildert werden. Sie soll mit 5 Mrd. Euro Gesamtmitteln ausgestattet werden und auch Regionen und Kommunen zugute kommen, die von der Fischerei in britischen Gewässern abhängig sind. Darüber hinaus kann sie die öffentlichen Verwaltungen dabei unterstützen, Grenz-, Zoll-, Gesundheits- und Pflanzenschutzkontrollen ordnungsgemäß durchzuführen und grundlegende Dienstleistungen für betroffene Bürger und Unternehmen zu erbringen.

EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn rief Europaparlament und Mitgliedstaaten auf, den Vorschlag unverzüglich umzusetzen. „Wir haben diese Reserve so gestaltet, dass wir rasche und unkomplizierte Hilfe leisten können, wobei wir den Schwerpunkt auf die EU-Mitgliedstaaten legen, die am stärksten vom Brexit betroffen sind“, sagte Hahn. (dj) >

■ Post-Brexit-Abkommen

Das Post-Brexit-Abkommen hat Auswirkungen auf den Warenhandel – wie hier an der Grenze zwischen Großbritannien und Frankreich.

Brexit-Helpline für Bürger und Unternehmen

Die Europäische Kommission hat über das Europe-Direct-Kontaktzentrum einen zentralen Service für alle Fragen im Zusammenhang mit den künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich eingerichtet. Über diese Kontaktstelle können Fragen per Telefon oder per E-Mail gestellt werden – in allen 24 EU-Sprachen. Das Kontaktzentrum ist aus den 27 Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich über eine kostenlose Telefonnummer (00 800 6 7 8 9 10 11) und ein Webformular erreichbar. Zusätzlich hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auch eine Hotline für Unternehmerinnen und Unternehmer unter der Telefonnummer 030 340 6065 61 zu Brexit-Fragen eingerichtet.

■ [Webformular Europe Direct](#)

EINIGUNG AUF INVESTITIONSABKOMMEN

China öffnet für Europa seine Märkte

Europäische Unternehmen und Investoren erhalten auf Chinas milliarden-schwerem Wachstumsmarkt bessere Chancen denn je. Nach siebenjährigen Verhandlungen einigten sich die politischen Spitzen der EU und Chinas auf das ehrgeizigste Investitionsabkommen, das China jemals mit einem Drittland geschlossen hat. Marktzugang und Wettbewerbsbedingungen im Reich der Mitte werden massiv verbessert, zudem bekennt sich China mehr als je zuvor zu einer nachhaltigeren Entwicklung.



Credit © European Union, 2021

„Die Welt nach der Pandemie braucht eine starke Beziehung zwischen der EU und China“, schrieb Ursula von der Leyen auf Twitter.

> Anfang 2022 soll das Abkommen ratifiziert werden, das mithin auch zur Wiederankurbelung der Konjunktur nach der Pandemie beitragen wird.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte die Übereinkunft als Meilenstein in den beiderseitigen Beziehungen. „Sie eröffnet europäischen Investoren einen beispiellosen Zugang zum chinesischen Markt, sodass unsere Unternehmen wachsen und Arbeitsplätze schaffen können. Zugleich verpflichtet sich China dazu, ehrgeizige Grundsätze in den Bereichen Nachhaltigkeit, Transparenz und Nichtdiskriminierung anzuwenden. Mit dem Übereinkommen werden unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu China neu austariert.“

Seit 2013 verhandelte die Europäische Kommission mit China intensiv über ein Investitionsabkommen. Auf dem EU-China-Gipfeltreffen im April 2019 vereinbarten beide Seiten, bis Ende 2020 einen Deal abzuschließen. Ende Dezember erzielten nun von der Leyen, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ratspräsident Charles Michel, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Chinas Staatschef Xi Jinping per Videokonferenz die Grundsatzvereinbarung. Dies war auch eines der zentralen Vorhaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Auch vor dem Hintergrund dieses seit längerem bestehenden Zeitplanes bestand kein Anlass, im Hinblick auf den Regierungswechsel in den USA

den Gesprächsabschluss aufzuschieben. Die transatlantische Kooperation der EU in Bezug auf China wird durch das Abkommen nicht berührt. Vielmehr hebt der Pakt Chinas internationale Verpflichtungen auf eine neue Stufe. Darüber hinaus ist das neue Abkommen lediglich einer von mehreren Bausteinen der europäischen China-Strategie.

EU-Firmen erhalten „Level-Playing-Field“

Zu den Kernpunkten des Abkommens zählen der Schutz geistigen Eigentums und ein Ende von erzwungenem Technologie-Transfer, etwa durch die Verpflichtung zur Gründung von europäisch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmen. Joint-Venture-Auflagen etwa für die Automobilbranche sowie Unternehmens- und Umweltdienstleistungen werden abgeschafft. Deutlich besseren Marktzugang gibt es auch für die Finanzdienstleistungsbranche, IT-/Cloud-Dienste sowie See- und Luftverkehr.

Gleiche Wettbewerbsbedingungen, ein „Level-Playing-Field“, soll für EU-Unternehmen in China auch durch mehr Transparenz bei staatlichen Subventionen und klarere Regeln für Staatskonzerne geschaffen werden. Auch mengenmäßige Beschränkungen und Obergrenzen für Beteiligungen werden in vielen Branchen abgeschafft. Für den Fall, dass Verpflichtungen nicht eingehalten werden, gibt es einen Streitbeilegungsmechanismus.

Darüber hinaus verpflichtet sich China, keine Arbeits- und Umweltstandards für den eigenen Standortvorteil zu senken und keinen Protektionismus mittels Arbeits- und Umweltnormen zu betreiben. Das Klimaschutzabkommen von Paris soll „wirksam umgesetzt“ werden. Das Land hat zudem zugesagt, „dauerhafte und nachhaltige Anstrengungen“ zur Ratifizierung der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gegen Zwangsarbeit zu unternehmen.

Der grundsätzliche Abschluss der Verhandlungen ist ein erster Schritt im Gesamtprozess. Die politische Einigung muss jetzt ausformuliert, übersetzt und juristisch überprüft werden. Die Beratungen über die Annahme und Ratifizierung des Übereinkommens werden in vollständiger Transparenz geführt. Die Mitgliedstaaten und das Europaparlament müssen dem Abkommen zustimmen. (dj) >|

EU-Investitionen in China ankurbeln

China ist mit seinen etwa 1,4 Milliarden Einwohnern nach den USA der weltweit wichtigste Handelspartner der EU. Im Jahr 2019 wurden Waren im Wert von gut 198 Mrd. Euro sowie Dienstleistungen in Höhe von etwa 47 Mrd. Euro nach China exportiert. Die kumulierten Direktinvestitionsflüsse der EU nach China haben in den letzten 20 Jahren mehr als 140 Mrd. Euro erreicht, was angesichts der Größe der chinesischen Wirtschaft indes eher bescheiden ist. Dank des Investitionsabkommens soll sich dies nun ändern. Das ist wichtig für die globale Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der EU-Industrie.

NEUE REGELN FÜR DIGITALE MÄRKTE UND DIENSTE

Internetriesen werden in Europa stärker reglementiert

Europa will sich der Dominanz amerikanischer Internetgiganten wie Amazon und dem Google-Mutterkonzern Alphabet mit einem neuen Regelwerk für den digitalen Raum entgegenstellen. Dazu hat die EU-Kommission zwei Gesetzesvorschläge vorgestellt, mit denen sie für faireren Wettbewerb, mehr Sicherheit im E-Commerce und mehr Verantwortung für Online-Inhalte sorgen will. Angesichts der Marktmacht von Apple, Facebook und Co. soll europäischen Anbietern und Nutzern der Rücken gestärkt werden. Die modernen Bestimmungen werden die Verbraucher und ihre Grundrechte im Internet besser schützen und zum Vorteil von Gründern und Mittelständlern zu faireren und offeneren digitalen Märkten führen.

> „Mit den heutigen Vorschlägen gestalten wir unseren digitalen Raum für die nächsten Jahrzehnte“, sagte Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Ihm zufolge zeigen die weitreichenden Folgen der Konten-Sperrung des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump durch Facebook, Instagram und Twitter nicht nur, wie mächtig diese Plattformen geworden, sondern auch, wie dringend nötig klare Spielregeln im digitalen Raum sind. „Viele Online-Plattformen spielen heute eine zentrale Rolle im Leben unserer Bürger und Unternehmen und sogar unserer Gesellschaft und Demokratie insgesamt.“

Ziel ist die Anpassung der Regelwerke im Online-Raum an diejenigen außerhalb des Internets. „Das ist ein und dieselbe Welt“, sagte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager. „Wir sollten überall auf sichere Weise einkaufen und auf Nachrichten, die wir lesen, vertrauen können.“

Das Gesetz über digitale Dienste führt neue, EU-weit harmonisierte Verpflichtungen für digitale Dienste ein, abgestuft nach der Größe der Anbieter. Vorgesehen sind unter anderem Vorschriften für die Entfernung illegaler Waren, Dienstleistungen oder Inhalte. Auch in Bezug auf Online-Werbung und die Algorithmen, anhand derer den Nutzern Inhalte empfohlen werden, soll es neue Transparenzregeln geben. Neue Vorschriften sollen überdies Verkäufer illegaler Waren oder Dienstleistungen leichter auffindbar machen.

Für systemrelevante Plattformen, die mehr als 10 Prozent der EU-Bevölkerung erreichen, schlägt



© Koshiro K / Shutterstock.com

die Kommission zusätzliche Pflichten und eine neue Aufsichtsstruktur vor. Diese wird aus einem Gremium nationaler Koordinatoren bestehen, wobei die Kommission besondere Befugnisse bei der Beaufsichtigung sehr großer Plattformen erhält, und Sanktionen verhängen kann.

Kartellregeln anpassen

Das Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) soll Platzhirschen wie Google, Apple oder Amazon untersagen, eigene Angebote gegenüber denen Dritter bevorzugt anzubieten oder anzuzeigen. Auch sollen sie Nutzer nicht mehr hindern dürfen, vorab installierte Apps zu deinstallieren, und müssen dafür sorgen, dass Software kleinerer Anbieter funktioniert.

“ Was offline illegal ist, ist auch online illegal. ”

Exekutiv-Vizepräsidentin
Margrethe Vestager

Bisher hat die Kommission versucht, mit herkömmlichen EU-Kartellregeln den Missbrauch ihrer Marktmacht von Google, Microsoft oder Apple zu unterbinden. Das neue Regelwerk schafft nun ein eigenes Gesetz speziell für das Zeitalter der Plattformökonomie. Wer sich nicht an die EU-Regelungen hält, soll Bußgelder in Höhe von bis zu 10 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes zahlen. Die beiden Gesetzesvorschläge müssen nun mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Europaparlament ausgehandelt werden. (dj) >|

■ Die Reform des digitalen Raums

Das Gesetz über digitale Märkte soll Platzhirschen wie Google, Apple oder Amazon untersagen, eigene Angebote gegenüber denen Dritter zu bevorzugen.

ÖFFENTLICHE ONLINE-KONSULTATION

EU-Ziele zur biologischen Vielfalt

Die Kommission will rechtsverbindliche EU-Ziele für die Wiederherstellung der Natur entwickeln und hat dazu eine öffentliche Online-Konsultation gestartet. Die Ziele, die bis Ende 2021 festgelegt sein sollen, sind zentral für die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Die Konsultation zielt darauf ab, Beiträge und Meinungen von Interessengruppen einzuholen. Die Ergebnisse der Konsultation werden in eine Folgenabschätzung einfließen, die die Kommission vorbereitet.



Bis Ende 2021 wird die Kommission dann einen Vorschlag für rechtsverbindliche Naturwiederherstellungsziele vorlegen und dabei die Folgenabschätzung mit den Antworten aus der öffentlichen Konsultation berücksichtigen. Die Konsultation bleibt bis zum 2. April für Rückmeldungen offen.

■ *Öffentliche Konsultation zur biologischen Vielfalt*

ONLINE-DISKUSSION

Die Impfstrategie der Europäischen Union

Der Impfstart am 27.12.2020 hat alle europäischen Länder vor eine schwierige logistische Herausforderung gestellt. Die Mitgliedstaaten mussten sich alle der Frage stellen: Wie schafft man es möglichst schnell, gut organisiert und medizinisch abgesichert, viele Menschen gegen COVID-19 zu impfen? Der EuropaPunkt Bremen hat dazu eine Online-Diskussion per Zoom-Konferenz organisiert.



Hier können Sie am 29.01.2021 von 14:30 bis 16:00 Uhr unter anderem Jörg Wojahn, dem Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, sowie Medizinern und Infektiologen Fragen stellen und mit ihnen Meinungen austauschen.

■ *Diskussion zur Impfstrategie*

ZAHLREICHE AKTIONEN

Europäisches Jahr der Schiene

Auf Initiative der Europäischen Kommission stehen in diesem Jahr die Vorteile des Schienenverkehrs als nachhaltiges, intelligentes und sicheres Verkehrsmittel im Rampenlicht. Mit zahlreichen Aktionen in ganz Europa wird die Nutzung des Schienenverkehrs durch Privatpersonen und Unternehmen im Rahmen des „Europäischen Jahres der Schiene“ gefördert und damit ein Beitrag zum Ziel des europäischen Grünen Deals – Klimaneutralität bis 2050 – geleistet. 2021 ist außerdem das erste Jahr der vollständigen Anwendung des 4. EU-Eisenbahnpakets für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum. Damit werden in diesem Jahr wichtige Weichen für ein effizienteres europäisches Schienennetz und nahtlose Mobilität über Grenzen hinweg gestellt.



Der Schienenverkehr ist EU-weit für weniger als 0,5 Prozent der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich und zählt damit zu den nachhaltigsten Formen des Personen- und Güterverkehrs. Dennoch werden nur etwa 7 Prozent der Fahrgäste und 11 Prozent der Güter per Bahn befördert.

■ *Europäisches Jahr der Schiene*

DIGITALSTEUER

EU-Kommission leitet öffentliche Konsultation ein

Die Europäische Kommission hat eine breite öffentliche Konsultation zu einer Digitalsteuer gestartet. „COVID-19 hat einen beispiellosen wirtschaftlichen Schock verursacht, und während wir daran arbeiten, einen nachhaltigen Aufschwung zu schaffen, ist es entscheidend, dass alle Unternehmen einen ausreichenden Beitrag zu diesen Bemühungen leisten“, sagte Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. Die Konsultation sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg, die faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft sicherzustellen. Beiträge können bis zum 12. April eingereicht werden.

Gerechte Besteuerung und die Sicherstellung, dass Europa fit für das digitale Zeitalter ist, haben für die Europäische Kommission oberste Priorität, wie Präsidentin von der Leyen in ihren Politischen Leitlinien erklärt hat.

■ *Öffentliche Konsultation zur Digitalsteuer*